



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien

Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135

Telefax national 0222-4000-99-89980

Entwurf eines Bundes-  
gesetzes, mit dem das  
Beihilfenverlängerungs-  
gesetz geändert wird

Wien, am 22. November 1990  
Bucek/Ha  
Klappe 899 94  
414 - 1013/90

An die  
Parlamentsdirektion

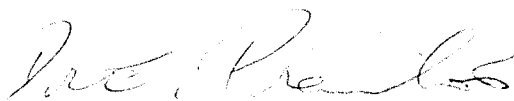
Parlament  
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	63 GE/9 90
Datum:	26. NOV. 1990
Verteilt	30. Nov. 1990 <i>Rauer</i>

*H. Kajak*

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 28. September 1990, Zahl 34.401/3-2/90, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beihilfenverlängerungsgesetz geändert wird, gestattet sich der Österreichische Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übersenden.

## Beilagen

  
(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)  
Generalsekretär



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135  
Telefax national 0222-4000-99-89980

Entwurf eines Bundes-  
gesetzes, mit dem das  
Beihilfenverlängerungs-  
gesetz geändert wird

Wien, am 22. November 1990  
Bucek/Ha  
Klappe 899 94  
414 - 1013/90

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 Wien

Zu dem mit Note vom 28. September 1990, Zahl 34.401/3-  
2/90, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Beihilfenverlängerungsgesetz geändert wird, beehrt  
sich der Österreichische Städtebund mitzuteilen, daß da-  
gegen keine Einwendungen erhoben werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleich-  
zeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.

(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)  
Generalsekretär